

MEDIEN

Die Herausforderung

Druck und Zwang statt echter Pressefreiheit

Medien sind als „vierte Gewalt“ im Staat unverzichtbarer Bestandteil des demokratischen Systems. Sie haben die Aufgabe, die Öffentlichkeit objektiv über relevante Vorgänge und Zusammenhänge zu informieren und schaffen damit die Voraussetzung für einen offenen politischen Diskurs. Damit die Medien dieser Verantwortung nachkommen können, ist es notwendig, ihre größtmögliche Unabhängigkeit zu gewährleisten.

Zahlreiche aktuelle Entwicklungen gefährden diese Unabhängigkeit der Medien in Österreich ganz akut:

- Österreich ist im aktuellen „Ranking der Pressefreiheit“ von *Reporter ohne Grenzen* um sieben Plätze abgerutscht und rangiert nicht mehr in den obersten Positionen. Ein Hauptgrund dafür ist die zunehmend schwierige ökonomische Lage vieler Qualitätsmedien sowie der damit einhergehende wirtschaftliche Druck auf die Redaktionen.
- Im Zuge dieses zunehmenden finanziellen Drucks werden immer mehr Journalist_innen auf Honorarbasis oder zeitlich befristet beschäftigt. Dies verstärkt die Abhängigkeit der Redakteur_innen und bindet sie in ein enges Korsett bei Meinung, Recherche, Arbeitsplatzsicherheit etc.
- Die österreichische Bundesregierung – v.a. Ministerien und öffentlich-rechtliche Unternehmen – ist einer der wichtigsten Werbekunden privater Medienunternehmen in Österreich. Allein die Ministerien gaben 2010 über 26 Millionen Euro für bezahlte Inhalte in privaten Medien aus (zum Vergleich: in Deutschland waren es im selben Zeitraum 23 Mio. Euro pro Kopf und damit zehnmal weniger als in Österreich). Selbiges gilt für Bundesländer und Städte wie z.B. die Stadt Wien mit ihren stadteigenen Unternehmen. Die damit einhergehende Machtposition wird häufig für inhaltliche

Einflussnahme missbraucht und das Buchungsvolumen mit Art und Weise und Umfang der Berichterstattung verknüpft.

- Das Instrument der Presseförderung in Österreich ist veraltet und an neue Entwicklungen in der Medienbranche (z.B. Online-Medien) nicht mehr angepasst. Zudem liegt der Förderschwerpunkt auf Vertrieb statt Inhalten.
- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk als eines der wichtigsten Medien in Österreich steht nach wie vor unter enormem und direktem Einfluss durch Regierung und Parteien. Dieser Einfluss ist politisch gewollt und über die Governance des ORF, insbesondere die Art der personellen Besetzung der Spitzenpositionen, zementiert. Hinzu kommen zahlreiche direkte inhaltliche Interventionen von öffentlicher Hand und Parteien in ORF-Redaktionen. Was in anderen EU-Ländern bereits zu einigen handfesten Skandalen und Rücktritten der politischen Verantwortlichen geführt hat, gehört in Österreich zum journalistischen Alltag und wird von den Verantwortlichen allerhöchstens als Kavaliersdelikt wahrgenommen.

Die Presse- und Meinungsfreiheit muss gewahrt bleiben. Dem Staat kommt dabei nach wie vor eine wichtige medienpolitische Rolle zu. Er muss die Rahmenbedingungen eines funktionierenden Mediensystems zur Verfügung stellen und hat die Pflicht, dort zu intervenieren, wo die öffentliche Aufgabe der Medien und die Wahrnehmung der Verantwortung der Medien gefährdet ist. Aktuell ist die Situation in Österreich groteskerweise gerade durch eine schleichende Einflussnahme seitens der öffentlichen Hand oder von Parteien gefährdet. NEOS fordert, diesen Zustand schnellstmöglich zu beenden.

Die Vision

Für unabhängige und freie Medien

Der unabhängige Qualitätsjournalismus blüht. Eine Vielzahl kritischer Medien sorgt über diverse Vertriebskanäle für einen lebhaften Diskurs. Der ORF kommt seinem öffentlich-rechtlichen Auftrag in vorbildlicher Weise und unabhängig von politischer Einflussnahme nach und setzt in Europa qualitative Maßstäbe.

Leitlinien und Maßnahmen

Befreite Journalist_innen

Journalist_innen müssen frei von externen politischen Vorgaben und wirtschaftlichem Druck aus der Unternehmensleitung arbeiten können. Dafür braucht es einen kulturellen Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung, ein Ende direkter Einflussnahme auf Redaktionen, mehr Transparenz bei jeglicher Finanzierung sowie eine Neuregelung journalistischer Arbeitsverhältnisse:

- Ein effektives und vorbehaltloses Verbot inhaltlicher Einflussnahme auf Medien durch staatliche Organe soll in das Mediengesetz aufgenommen werden. Dieser Grundsatz soll darüberhinaus in den jeweiligen Redakteursstatuten abgebildet sein.
- Schleichende Einflussnahme, etwa durch finanzielle Zuwendungen an Medien wie Inserate oder Druckbeiträge, und damit einhergehende Bedingungen müssen durch verstärkte Transparenz verhindert werden. Treuhandschaften, nicht offensichtliche Stellvertretungen und andere Konstruktionen, die den wahren Auftraggeber, Finanzier oder Eigentümer bei Anzeigen, Eigentümerschaft, Lizenzierung oder jegliche andere verborgene Interessenslage etc. verschleiern, müssen gesetzlich unterbunden werden. Das Medientransparenzgesetz von 2012 stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar, geht jedoch längst nicht weit genug.
- In diesem Zusammenhang muss ein kritischer Blick auf den Überhang an „freien“ Journalist_innen und die damit in Zusammenhang stehende berufliche Unsicherheit für Journalist_innen geworfen werden. NEOS unterstützt in diesem Zusammenhang die Initiative der Redakteur_innen von *SOS Ö1*.

Medienförderung neu

Aus den oben genannten Gründen ist es darüber hinaus wichtig, das System der Presseförderung in Österreich auf neue Beine zu stellen.

- Die Presseförderung soll zu einer Medienförderung umgestaltet werden, in der neben dem klassischen Printbereich auch Onlinemedien berücksichtigt werden. Es geht darum, Qualitätsjournalismus zu fördern und Spielräume für investigativen Journalismus zu schaffen, der seiner demokratischen Dokumentations- und Kontrollfunktion nachkommen kann. Insbesondere muss dabei das Augenmerk auf Transparenz, Nachvollziehbarkeit und die Förderung von Inhalten gelegt werden.

- Dabei soll die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben von Medien in ihrer Freiheit, Vielfalt und journalistischen Verantwortung als Förderziel im Rahmen eines Kriterienkatalogs festgehalten werden. Diese Standards sollen auf dem Weg einer Selbstverpflichtung und Selbstkontrolle über einen neuen Medienrat, der den Presserat ersetzt, festgelegt und gesichert werden.

Österreichischer Rundfunk

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt gerade in einem kleinen Land wie Österreich aufgrund seiner realen Bedeutung für die Meinungsbildung eine wesentliche Rolle im demokratischen System zu. NEOS bekennt sich zu einem starken und unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, in dem aber wesentliche Bedingungen erfüllt sein müssen:

- Demokratisierung des ORF und Befreiung von parteipolitischen Einflüssen: Der Stiftungsrat soll radikal verkleinert, mit Fachexpert_innen statt Politiker_innen besetzt und so ein schlagkräftiges Gremium ähnlich einem Aufsichtsrat werden. Dafür soll ein Anforderungskatalog für die Qualifikation der Stiftungsräte erarbeitet werden. Die Bestellung der Stiftungsräte soll außerdem unparteiisch über neue strukturelle Modelle erfolgen, z.B. über ein unabhängiges Expert_innenkomitee (analog zur britischen BBC), einen Bürger_innenrat oder einen überparteilichen Parlamentsausschuss. Die Amtsperioden sollten begrenzt werden. Eine entsprechende Leistungsvergütung muss angedacht werden.
- Öffentliches Hearing des/der zu bestellenden ORF Generaldirektor_in und dessen/deren Bestellung durch das Parlament.
- Die in den bestehenden ORF-Corporate-Governance-Richtlinien enthaltenen Unvereinbarkeitsbestimmungen sowie die Bestimmungen zur Selbstkontrolle sollten gestrafft und verbindlich gemacht werden. Ein Rechenschaftsbericht des Stiftungsrates muss einmal pro Jahr dem Nationalrat vorgelegt werden.
- Befreiung leitender Redakteur_innen von parteipolitischen Fußfesseln: Es braucht ein neues Redaktionsstatut mit unabhängigen Sendungsredaktionen und Sendungsverantwortlichen zur Gewährleistung echter redaktioneller Unabhängigkeit. Bei der Bestellung von leitenden Redaktionspositionen soll Zustimmung der Mehrheit des Redakteur_innenrats notwendig sein.
- Umstellung der Finanzierung auf eine Haushaltsabgabe. Dabei sollen auch jene Mittel, die derzeit an die Länder fließen, im Sinne einer Medienabgabe dem ORF zugutekommen. Der Kunstförderungsbeitrag soll als Teil der

Haushaltsabgabe erhalten bleiben.

- Die Entwicklungen des Medienkonsums und der Medientechnologie, die Verschmelzung und Konvergenz der Medienarten, die Verschränkungen mit der IT und die Vielfalt der Kommunikationsmittel verlangen, dass auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht nur als Rundfunk, sondern als umfassendes Medienhaus, als Medienanstalt, gesehen werden muss. Insofern unterstützt NEOS auch die Verfassungsbeschwerde gegen das Social-Media-Verbot für den ORF.
- Tatsächliches Erfüllen des gesetzlichen Auftrags: Die Maxime, alles allen zu bieten, bringt den Medienkonsument_innen keinen Mehrwert, sondern Marktverzerrungen zu Lasten der Privatsender. Die Entscheidung der KommAustria hat dargelegt, dass in Bezug auf die Programmgestaltung und den Werbeanteil der Kanal ORFeins diesem Auftrag nicht nachkommt. Der ORF muss in allen seinen Programmen und Kanälen, insbesondere bei ORFeins, dem öffentlich-rechtlichen Auftrag gerecht werden. Tut er dies nicht, so soll der Kanal ORFeins privatisiert werden (Entzug der Frequenznutzungsrechte bzw. Sendelizenz und anschließende Versteigerung an private Interessenten).
- Aus den gleichen Erwägungen empfiehlt NEOS die Privatisierung des Radiokanals Ö3, der in den verschiedensten Merkmalen schon längst den Kriterien eines Privatsenders mehr entspricht als jenen eines öffentlich-rechtlichen. Dabei muss aber darauf geachtet werden, dass starke Konzentrationen im Medienbereich in einer Hand nicht nur vermieden werden, sondern nach Möglichkeit die Vielfalt aktiv gefördert wird.
- Verkleinerung der ORF Landesstudios.